

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!  
(Karl Liebknecht)

# DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS  
(Sektion der Vierten Internationale)  
Sept.-Nov. 1950 Nr. 59-61 Preis S 2.-

## NACH DEM 4. LOHN-PREISPAKT

Die SP-ÖVP-Koalition hat wieder einen neuen, den 4. Lohn-Preispaakt, zur Welt gebracht. Die Geburtswehen dauerten ziemlich lange und die Väter hatten alle Mühe, das Neugeborene über die ersten Lebenstage hinwegzubringen. Die SP- und Gewerkschaftsspitzen hatten es schon beim 3. Lohn-Preispaakt schwer gehabt, ihn durchzubringen, die Arbeiter "von der Notwendigkeit der Opfer für den Wiederaufbau" zu "überzeugen". Dieses Mal war der Widerstand unerwartet stärker. Sehr vieles deutete darauf hin, daß weder die Bourgeoisie, noch die SP-Bürokratie, noch die stalinistische Führung mit so starkem Widerstand der Arbeiterklasse rechneten. Dank der konterrevolutionären Haltung der SP-Führung und dank der stalinistischen Kampfleitung, der die Arbeiter mit Recht mißtrauen, endete der Kampf gegen den 4. Lohn-Preispaakt mit einer Niederlage nicht nur für die Stalinpartei, sondern für die gesamte Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie und ihr Staat haben sich behauptet, die "Ordnung" konnte wiederhergestellt werden. Bedeutet das, daß sich die kapitalistische Herrschaft in Österreich endgültig konsolidiert hat? Wenn wir uns die konkrete Lage des österreichischen Kapitalismus vor Augen führen, so sehen wir, daß er, trotz der Stabilisierung seiner politischen Herrschaft, nur eine sehr relative Stabilisierung seines Gesamtsystems erreicht hat.

### Die Lage des österreichischen Kapitalismus

Der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft seit 1945 hat große Fortschritte gemacht. Das Bruttosozialprodukt (inklusive Importe) in Preisen von 1937 betrug: +)

1937	1948	1949
10 Milliarden Schilling	8.9 Milliarden Schilling	10.2 Milliarden Schilling

+) "Die Presse" vom 1.10.1950

~~Wenn auch nicht~~ in demselben Maße wie von 1948 auf 1949, so hielt auch 1950 die ~~steigende~~ Tendenz noch an. Es stimmt, die Zahl der Beschäftigten war 1948/49 höher als 1937, die Produktivität daher geringer. "Aber die Zahl der unselbständigen Erwerbstätigen war im Jahre 1948 nur um 1.5 und im Jahre 1949 nur um 0.6 Prozent höher als in den unmittelbar vorausgehenden Jahren. Unter Zugrundelegung dieser Tatsache kommt man zu dem Schluß, daß die Produktivität der Gesamtwirtschaft im Jahre 1948 um 13% und im Jahre 1949 um 11% zugenommen hat." ("Die Presse" vom 1.10.1950). Auch diese Tendenz hält für 1950 an. Dazu kommt noch, daß natürlich die Höhe des Sozialproduktes, sowie sie oben angegeben ist, keineswegs den Tatsachen entspricht, die tatsächliche Produktion ist viel größer. Denn "diesen Ziffern liegen die amtlichen Produktionsergebnisse zugrunde, von denen man aber weiß, daß sie schon seit Jahren infolge einseitiger Erhebungsmethoden zu niedrig angesetzt sind" ("Die Presse" vom 1.10.1950). Das Ergebnis des "Wiederaufbaus" ist also, daß die Produktion des Jahres 1937 bereits überschritten, die Produktivität von 1937 fast erreicht sein dürfte, daß also die "Normalisierung der Wirtschaft" wieder eingetreten ist.

Über die Höhe der Profite gibt es keine Statistiken. Die relative Höhe des Anteils der einzelnen Klassen am Sozialprodukt wird durch das Kräfteverhältnis im Klassenkampf bestimmt. Dank der Verratspolitik von SP-Stalinpartei und Gewerkschaftsführung hat sich dieses Kräfteverhältnis seit 1945 langsam aber stetig zugunsten der Bourgeoisie verändert. Wenn es auch nicht aus den offiziellen Statistiken ersichtlich ist, so liegt das Ergebnis dennoch klar auf der Hand. Der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft brachte den Kapitalisten steigende Profite. Die Renner-These der ersten Republik, die nach dem zweiten Weltkrieg wiederholt wurde, daß es in Österreich gar keine Kapitalisten gebe, steht im schreienden Gegensatz zu den Tatsachen: der kapitalistische Luxus ist an allen Ecken und Enden sichtbar.

Aber in welcher Lage befindet sich diese wiederhergestellte "normalisierte" kapitalistische Wirtschaft. Sie ist in allergrößtem Ausmaß von den Hilfslieferungen und Krediten aus dem Ausland, vor allem vom USA-Imperialismus abhängig. Diese betragen

1947	1948	1949
209 Millionen Dollar	305 Millionen Dollar	314 Millionen Dollar

Diese "Hilfe" soll nun für die nächsten beiden Jahre auf die Hälfte gekürzt werden und 1952 ganz aufhören. Bis dahin müßte die passive Außenhandelsbilanz ausgeglichen sein. Das kann auf zweierlei Art geschehen: entweder die Einfuhren stark reduzieren, oder die Produktivität steigern, d.h. in erster Linie die "Lohnkosten" noch weiter herabsetzen, um am Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein und mehr ausführen zu können. Beides kann nur zu weiterer Verringerung der Kaufkraft der Massen und damit zu vergrößerter Arbeitslosigkeit, zur Einschränkung der Produktion führen. Aber eine weitere Senkung des Reallohnes, ein Steigen der Zahl der Arbeitslosen bedeutet eine Verschärfung der Klassengegensätze mit allen ihren Konsequenzen.

Der erste Bericht des "Wirtschaftsforschungsinstitutes" nach dem 4. Lohn-Preisabkommen und nach der Neufestsetzung des Dollarkurses stellt fest: "Das neue Lohn- und Preisabkommen wirft schwierige Probleme auf, die im Grunde darin wurzeln, daß seit 1949 an das Sozialprodukt größere Ansprüche für Konsum und Investitionen gestellt werden, als durch die Produktivität der Wirtschaft gerechtfertigt ist." Und diese "schwierigen Probleme" sind nicht nur Probleme des österreichischen Kapitalismus, sondern es sind die Probleme des gesamten europäischen Kapitalismus, letzten Endes des Weltkapitalismus, der im Verfall ist. In Österreich, einem der schwäch-

sten Glieder des kapitalistischen Systems, treten sie nur verschärft auf. Alle Versuche der österreichischen Bourgeoisie, der "schwierigen Probleme der Wirtschaft" Herr zu werden (Währungsreform, Lohn-Preisakte), haben bis jetzt damit geendet, daß die Massen die Kosten tragen mußten. Aber auch damit, daß die Schwierigkeiten, die Widersprüche nicht weniger wurden, sondern auf einer neuen Ebene, in einem neuen Gewand immer wieder auftauchen.

### Der Kampf der Massen

Seit 1945 haben die Massen, insbesondere die Arbeitermassen, eine Reihe von kleinen und größeren Niederlagen erlitten. Die Ursachen dieser Niederlagen gehen in erster Linie auf das Konto der verräterischen Führung, SP, Stalinpartei und Gewerkschaften. Aber sie sind nicht nur in Österreich allein zu suchen, diese Niederlagen sind auch die Auswirkungen und die Wechselwirkungen der Niederlagen der gesamten europäischen Arbeitermassen im Klassenkampf seit 1945. Diese Niederlagen, die in den relativ tiefen Existenzbedingungen der Massen sichtbar werden, sind auch ein Ausdruck für den Verfall des europäischen Kapitalismus, der sich nur am Leben erhalten kann, indem er die Massen mit Hilfe des USA-Imperialismus immer tiefer drückt.

Die reformistische Bürokratie, die eine der Hauptstützen des europäischen Imperialismus ist, entwickelt aus dieser Lage die "Theorie", daß "der außerparlamentarische Klassenkampf überholt sei", daß "an seine Stelle der parlamentarische Kampf für den sozialen Wohlfahrtsstaat treten müsse".

Aber trotzdem die Kampfkraft der Massen immer wieder totgesagt wird, strafen die Massen selbst die "Theorie" der SP-Bürokratie lügen, indem sie versuchen, durch außerparlamentarische Aktionen den Raubplänen der Bourgeoisie entgegenzutreten. Die Streikbewegung Ende September gegen den 4. Lohn-Preisakt war eine solche Aktion.

Es liegen konkrete Beweise für die Spontaneität dieser Bewegung vor. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des neuen Raubpaktes, entstand vor allem in der Provinz, eine spontane Bewegung in der Betriebsarbeiterschaft, die diesen Pakt ablehnte und in den Streik trat. Das Zentrum dieser Bewegung waren die Industriegebiete in Oberösterreich, in Linz und in Steyr. Die SP-Bürokratie hatte kurz vor der Veröffentlichung des Paktes Fraktionsbesprechungen der SP-Betriebsräte und -Vertrauensleute einberufen, in denen diese präpariert werden sollten. Sie sollten der Arbeiterschaft "beweisen", daß "die Preiserhöhungen durch die eingetretenen Lohnerhöhungen auf Heller und Pfennig gedeckt sind". Die SP-Betriebsräte in Oberösterreich kamen garnicht zu dieser "Beweisführung", denn sie wurden von der spontanen Bewegung überrannt oder mitgerissen.

In Wien und Niederösterreich hatte die Bewegung von allem Anfang an einen anderen Charakter. Auch hier lehnte die überwiegende Mehrheit der Arbeiter in den Betrieben den Pakt spontan ab. Aber der Protest dagegen drückte sich nicht so wie in Linz und Steyr in einem geschlossenen Streik aus. Denn hier stand der Kampf unter der Führung der Stalinisten und die SP-Arbeiter schlossen sich nur zögernd und nur zum Teil dem Streik an. Ein Teil der SP-Arbeiterschaft streikte sogar nur unter dem Druck der Stalinisten. Da in Wien und Niederösterreich die Mehrheit der Arbeiter in den entscheidenden Betrieben nicht weiter ging als bis zum Protest in Form von Resolutionen und mit dem nächsten Schritt, dem Streik, zögerte, hatten die Helmer, Böhm & Co. verhältnismäßig leichtes Spiel. Sie hatten wertvolle Zeit gewonnen, um den Partei- und Gewerkschaftsapparat anlaufen zu lassen. Inzwischen hatte die Bewegung in der Provinz ihren Höhepunkt überschritten und begann unter dem konzentrischen

Druck des Staats- und SP-Apparates abzubröckeln. Inzwischen hatte aber auch die Stalinpartei, besonders in der russischen Zone, begonnen, die Bewegung durch terroristische Aktionen von stalinistischen Minderheiten zu mißkreditieren. Nachdem die Stalinpartei bereits am 26.9. ihre Aktion, den 4. Lohn-Preispaakt zu verhindern, als gescheitert erklärte und zum Rückzug blies, organisierte sie am 30.9. unter dem Druck der Bewegung in der Provinz, die in diesem Ausmaß für sie überraschend kam, die "Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz". Unter der Führung des auf dieser Konferenz gewählten und von den Stalinisten beherrschten Präsidiums sollte nun der Kampf weitergeführt werden. Die Ziele des Kampfes wurden in dem bekannten Ultimatum an Regierung und ÖGB festgelegt.

Aber dem am 4.10. wiederbeginnenden Streik fehlte der spontane Charakter der Vorwoche. In der Provinz streikten nur die Steyrwerke, und zwar nur noch einen Tag, dann brach er auch hier zusammen.

Wodurch ging der spontane Charakter des Kampfes verloren? Die stalinistische Führung selbst bezeichnete es im nachhinein als Fehler, daß sie zu spät die Initiative ergriffen und einen bereits im Gange befindlichen Kampf abgebrochen hat, um ihn einige Tage später unter viel schlechteren Bedingungen wieder aufzunehmen. Dieses "Bekentnis" der Fürnberg & Co. zeigt, daß die Spontaneität des Kampfes Ende September recht war und der stalinistische Apparat eine untergeordnete Rolle spielte. Als dann die Spontaneität im abklingen war, konnte auch der auf Hochtouren laufende stalinistische Apparat die Niederlage nicht mehr verhindern. Das stalinistische Kommando konnte die spontane Bewegung nicht ersetzen, im Gegenteil, je mehr es in den Vordergrund trat, desto mehr hat es dazu beigetragen, die Masse der zum Kampf bereiten SP-Arbeiter zurückzustoßen.

Die spontane Bewegung in den entscheidenden Betrieben Ende September konnte sich nicht lange halten, da sie keine ihre wirklichen Interessen vertretende Führung fand. Sie mußte daher dem vereinten Druck von SP/Gewerkschaftsbürokratie und Bourgeoisie unterliegen.

### Die Rolle von SP und Stalinpartei

Die SP-Führung begnügte sich in der letzten Streikbewegung nicht mit ihrer gewohnten Rolle als Bremser. Sie stellte sich offen gegen den Kampf und sie war dabei aktiver als die Bourgeoisie, die sich im Hintergrund hielt.

Das Hauptargument der Helmer, Böhm & Co. war: "Es geht nicht um höheren Lohn, es geht um die Volksdemokratie." Und dort, wo dieses Argument nicht mehr ausreichte, griffen sie zur Drohung mit der Entlassung und zu organisierten Terrorbanden. Und so erreichten die Helmer und Böhm ihr Ziel: Der Kampf gegen den 4. Raubpaakt ist zusammengebrochen, die Koalitionspolitik kann fortgesetzt werden.

Haben sie damit aber auch die Gefahr der Volksdemokratie vermindert? Im Gegenteil, in dem Maße, in dem die SP-Bürokratie mithilft, die Massen zu verelenden und ihnen Niederlage auf Niederlage bereiten, in demselben Maße bereiten sie den Boden entweder für die Volksdemokratie vor oder für die offene Diktatur der Bourgeoisie.

Die SP-Spitzen reden den Arbeitern ein, sie hätten einen Sieg errungen, da sie die Freiheit "erfolgreich" verteidigten. Freiheit bedeutet für die Massen Koalitionsfreiheit, Redefreiheit, Streikfreiheit. Bei diesem Verteidigen der Freiheit hat die SP-Führung die demokratischen Rechte ebensooft mit Füßen getreten, als sie das Wort Freiheit in den Mund nahm. Diese Leute zerstören gleichzeitig die letzten Reste der Demokratie in den Gewerkschaften und verstärken die von konterrevolutionären Offizieren geführte Polizei und Gendarmerie, während sie von Freiheit reden.

Die SP hat sich als "staatserhaltende Partei" bewährt und wurde dafür von der in- und ausländischen Bourgeoisie gelobt. Und dieses Lob hat sie verdient. Sie hat als Lakai des Imperialismus wirklich ganze Arbeit geleistet, nicht nur in den letzten Wochen, sondern schon seit Jahren. Die Theorie der "Dritten Kraft" ist längst vergessen worden, an ihre Stelle ist der "Kampf um die Freiheit" getreten, d.h. die Auslieferung der Massen an die Bourgeoisie.

Die SP ist zu einem Haupthindernis für die Entfaltung einer unabhängigen Aktion der Massen gegen die Bourgeoisie und gegen die volksdemokratische Gefahr geworden. Wenn auch der SP-Apparat nicht so plump und so brutal wie der stalinistische vorgeht, sondern viel raffinierter, die Wirkung ist die gleiche. Für die Massen ist er vorläufig ein unüberwindliches Hindernis, das sich ihrem Kampf entgegenstellt.

Alle "Linken" in der Führung der SP, diese linken Phrasendrescher, die Czernetz, Hillegeist & Co. haben sich in den kritischen Wochen fest an die Rechten angeschlossen. Um sich ein Alibi zu schaffen, schrien sie am lautesten gegen die Streikenden. Kein einziger von ihnen, die in Worten gegen die "Koalitionsgesinnung", für "den verschärften Kampf gegen die Bourgeoisie in- und außerhalb des Parlamentes" aufgetreten sind, traute sich an die sozialistischen Betriebsarbeiter zu appellieren und sie zum Kampf gegen Bourgeoisie und Volksdemokratie aufzurufen. Und die kämpfgewillten SP-Arbeiter warteten auf einen solchen Appell.

Als wirklich linke SPLer erwiesen sich eine Reihe von Betriebsräten und ein Teil der SJ. Sie lehnten den 4. Lohn-Preispaakt ab und stellten sich, besonders in der Provinz, an die Spitze der spontanen Bewegung und traten offen in der Partei dafür ein, daß die SP die Führung in diesem Kampfe gegen den neuen Raubpaakt der Bourgeoisie übernehme. Für diese ehrlichen Kämpfer, die eine arge Enttäuschung erlitten, besteht die große Gefahr, daß sie sich entweder enttäuscht zurückziehen oder auch zum Teil dem Stalinismus in die Arme laufen. Wenn sich dieser Prozeß der Ausschaltung der ehrlich linken SPLer durch den reaktionären Parteivorstand verstärkt und vertieft, so bedeutet das eine große Gefahr für die Arbeiterklasse. Denn gerade diese Elemente sind der gesündeste Kern der österreichischen Arbeiterbewegung, trotz aller ihrer Illusionen. Sie vor der Demoralisation zu retten, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben

+

Ohne der Verratspolitik der Stalinpartei wäre die offene Sabotage des Kampfes der Arbeiter durch die SP-Führung undenkbar. Nur die Angst vor der Volksdemokratie hat die überwiegende Mehrheit der Arbeiter bewogen, nicht zu streiken. Nur die Angst vor der Volksdemokratie erhält der SP die Gefolgschaft der Mehrheit der Arbeiter. Selbst mit den besten und richtigsten Tageslosungen ist die Stalinpartei nicht imstande, wesentliche Massenteile zu mobilisieren, die über die Reihen ihrer Mitglieder hinausgehen. Denn die Masse der Arbeiter hat die Erfahrung gemacht, daß es den Stalinbürokraten nicht um die Interessen der Arbeiter, sondern nur um die Ausnützung ihrer Kampfkraft geht. Die stalinistische Praxis hat dazu geführt, daß die Mehrheit der Arbeiter alles, was von der Stalinpartei kommt, von vornherein ablehnt. Die Stalinpartei hilft so mit, der Arbeiterklasse Niederlagen im Kampfe gegen die Bourgeoisie zu bereiten, indem sie sie an der Entfaltung ihrer Kampfkraft hindert.

Die Taktik der Stalinisten während des Kampfes gegen den Lohn-Preispaakt war ebenso schlecht wie ihre Grundlinie. Anstatt den Kampf in erster Linie gegen die Bourgeoisie auszurichten, hatte sie ihr Hauptfeuer gegen die SP-Führung gerichtet. Damit verfolgt sie eine ähnliche Linie wie die des Sozialfaschismus unseligen Andenkens.

Die Leoungen und Forderungen der Stalinpartei unterscheiden sich von denen der SP nur durch die Lizitationshöhe. Die Stalinpartei kann der Arbeiterklasse keinen anderen Ausweg aus der kapitalistischen Sklaverei als den der volksdemokratischen Sklaverei bieten. Darüber, daß sie die Volksdemokratie aufrichten wollte, schweigt sie ängstlich, ja sie bezeichnet es als eine gemeine Lüge der SP-Führung. Für was kämpft also die Stalinpartei? Gegen den Lohn-Preis-pakt, für die Verdopplung der im Pakt vorgesehenen Erhöhung der Nominallohne? Gegen die Preissteigerungen? Im Kampf für diese Forderungen läßt sie die Illusion offen, daß diese Forderungen innerhalb des Kapitalismus, ohne grundlegende Änderung der Machtverhältnisse, erfüllbar sind. Sie ist nicht imstande, die Tagesforderungen der Massen mit ihren politischen zu verbinden, denn ihre wahren politischen Ziele scheinen den Massen nicht erstrebenswert.

Die derzeitige Linie der Stalinisten ist eine Mischung von Volksfrontpolitik und Abenteuerertum. Dies ist kein Zufall, sie entspricht den Bedürfnissen der Außenpolitik des Kreml. Wenn der Kreml eine "Friedensoffensive" braucht, dann muß eben "der Kampf für den Frieden" im Vordergrund stehen, die Zusammenarbeit mit "allen friedliebenden Menschen", wenn dies auch Kapitalisten oder Pfaffen sind, in den Vordergrund treten. Wenn der Kreml einen Wirbel im Interesse seiner Außenpolitik, seiner Diplomatie braucht, dann muß eben alles unternommen werden, um einen Kampf um jeden Preis zu inszenieren, und wenn es das größte Abenteuer wird und wenn auch dabei die eigenen Kader zugrundegehen. Die letzte Phase der Streikbewegung gegen den 4. Lohn-Preis-pakt zeigte deutliche Züge dieses Abenteuerertums. Als es völlig deutlich wurde, daß der am 3. XI. wiederbegonnene Streik eine rein stalinistische Angelegenheit war, wurde dem mangelnden Streikwillen der Arbeiter dadurch "nachgeholfen", daß man sie zum Streik zwang, sie gewaltsam aus den Betrieben herausholte oder sie am Betreten der Betriebe hinderte, alles unter der Deckung der russischen Besatzungsmacht. Dieser Terror einer Minderheit, der dazu noch unter dem Schutz der verhaßten Besatzungsmacht stand, hatte die Wirkung von Provokationen und wurde von der Mehrheit der Arbeiter, ja sogar von vernünftigen stalinistischen Arbeitern selbst abgelehnt.

Diese "Taktik", die letzten Endes zu einem raschen Verbrauch der eigenen Kader und zur Isolierung von den Massen führen muß, führt zu Differenzen selbst innerhalb der Bürokratie. Fürnberg soll den "radikalen" und Koplenig-Fischer den "gemäßigten" Flügel vertreten. Fürnberg, der Vertrauensmann des Kreml, dürfte die Oberhand behalten haben, denn seine Linie wurde durchgeführt. Und wenn die Linie des Generalsekretärs zu einer Niederlage führt, so darf dies keine Niederlage sein und die Resolution des ZK muß feststellen: "Die Massen der Arbeiterschaft sind gestärkt aus dem großen Kampf hervorgegangen." Und wenn der Generalsekretär Recht haben muß, so muß es auch welche geben, die Unrecht haben: es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die neue "Säuberungswelle" bis nach Österreich gelangt.

### Unsere Aufgaben

Die vor uns liegende Etappe wird zu ähnlichen Ereignissen, wie beim 4. Lohn-Preis-pakt, führen. Böhm hat auf dem Parteitag der SP neue Angriffe auf den Reallohn angekündigt. Er wäre froh, wenn die derzeitigen Löhne gehalten werden könnten. Die Kriegsrüstungen treiben die Preise der Rohstoffe in die Höhe, die "Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise" ist die Bourgeoisie fest entschlossen, auf Kosten der Arbeiter durchzuführen, "die letzten Subventionen müssen fallen", erklären die Raab & Co. "Wir brauchen kostendeckende Preise" fordern die Großagrarien, "wir brauchen ko-

stendeckende Mietzinse" schreien die Hausherrn. Die Preise werden weiter steigen, die Löhne den Preisen immer mehr nachhinken, wenn die Arbeiterklasse nicht die Kraft zum entschlossenen Widerstand findet.

Welches sind die Aufgaben der internationalen Kommunisten in dieser Lage; was müssen wir den Arbeitern sagen, wie müssen wir uns verhalten. Die Lage ist sehr kompliziert, wir müssen es daher verstehen, unsere Festigkeit in den Grundfragen mit dem größtmöglichen taktischen Geschick zu verbinden.

1: Welchen Kampf unterstützen wir? Diese Frage ist sehr wichtig und wir müssen imstande sein, den Arbeitern jeweils zu sagen, warum wir für die Unterstützung dieses oder jenes Kampfes eintreten oder nicht. Wir sagen den Arbeitern immer wieder, der einzige Ausweg aus der Lage besteht im konsequenten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz. Diese allgemeine und richtige Feststellung genügt aber nicht, denn es muß in jedem Fall festgestellt werden, ob sich diese Forderung, dieser Kampf auch tatsächlich gegen die Bourgeoisie richtet. Unterstützen wir z.B. die "Friedensoffensive" der Stalinisten? Nein, denn der stalinistische "Kampf für den Frieden" dient nur zur Verwirrung der Massen und dient keineswegs zur Mobilisierung der Massen gegen die Bourgeoisie.

War es richtig, an dem Streik gegen den 4. Lohn-Preispaht teilzunehmen? Ist dieser nicht unter der Führung der Stalinisten gestanden und von ihnen für volksdemokratische Ziele ausgenutzt worden? Hätten die Arbeiter bei einem Sieg der Streikbewegung nicht die kapitalistische Sklaverei mit der volksdemokratischen Polizeidiktatur eingetauscht? Dieser Streik war eine spontane Bewegung der fortgeschrittensten Betriebsarbeiter, wir waren verpflichtet, daran teilzunehmen, selbstverständlich bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an SP, Gewerkschafts- und Stalinführung. Es war richtig, wenn wir dafür eingetreten sind, daß die SP- und Gewerkschaftsführung unter dem Druck der SP-Arbeiter gezwungen werden soll, mit der ÖVP zu brechen und die Führung des Kampfes zu übernehmen. Es war richtig, wenn wir die bürokratischen, undemokratischen Methoden der Böhm & Co. bekämpft und gleichzeitig die Arbeiter vor denselben Methoden der Fürnberg, Fischer & Co. gewarnt haben. Wir haben die SP-Arbeiter vor der volksdemokratischen Gefahr gewarnt, die besonders dann groß wird, wenn die Stalinisten eine reale Massenbasis haben, die sie ausnützen können. Wir sind für die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung aufgetreten, wir waren gegen den Terror der SP- und der Stalinführung, der sich gegen die Arbeiter richtete. Wir waren für geheime Abstimmungen bei Streikbeschlüssen. Wir waren vor allem dafür, daß sich der Kampf in erster Linie gegen die Bourgeoisie und ihre Raubpläne richten muß. All das war richtig und wenn nicht schon diesmal, so werden die besten Arbeiter bei den kommenden Kämpfen, durch ihre eigenen Erfahrungen bereichert, uns recht geben müssen. Und das ist das Hauptprodukt unseres Kampfes, wenn es uns gelingt, den besten, fortgeschrittensten Arbeiter ein Stück weiter zu helfen.

War es auch richtig, nach der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz, die unter der Führung der Stalinisten stand, ebenfalls für die Fortsetzung des Kampfes einzutreten? Ist von diesem Augenblick der Streik nicht zu einer reinen USIA-, zu einer reinen stalinistischen Angelegenheit geworden? Zu einer rein stalinistischen Angelegenheit ist der Streik nicht durch das Zusammentreten der von den Stalinisten organisierten Betriebsrätekonferenz und durch die Aufstellung des Ultimatums an ÖGB und Regierung geworden, sondern dadurch, daß die spontane Bewegung vor allem in der Provinz unter dem Druck und dem Terror von ÖGB-Führung und Koalitionsregierung in den nächsten Tagen zusammengebrochen ist. Solange diese spontane Bewegung, die durch eine Einheitsfront von unten charakterisiert war,

bestand, hat sich an den grundlegenden Voraussetzungen des Kampfes nichts geändert, auch nicht durch die Konferenz in Floridsdorf. Es wäre falsch gewesen, die Arbeiter aufzufordern, sich der Disziplin dieser Konferenz zu unterwerfen. Im Gegenteil, wir haben diese Konferenz vor den Arbeitern als das charakterisiert, was sie war, ein Werkzeug in der Hand des Apparates der KP. Als sich am 3. XI. herausstellte, daß der Streik in der Provinz zusammengebrochen war und die Stalinisten mit ultralinken Abenteuern begannen, sind wir für den Rückzug, für den Abbruch des Kampfes eingetreten. Wir haben offen ausgesprochen, daß es eine Niederlage war und warum es zu dieser Niederlage gekommen ist; durch den Verrat der SP-Führungen und die Politik der Stalinpartei, die ihr dabei die Mauer machte.

Die Erfahrung lehrt uns, daß wir nur solche Forderungen unterstützen dürfen, die tatsächlich im Interesse der Massen liegen. Wenn diese Forderungen von der Stalinpartei kommen, so ist große Vorsicht geboten, denn in der Hand der Stalinpartei sind selbst Tagesforderungen Schwindellosungen, die nur zum Einfangen der Arbeiter für stalinistische Interessen dienen. Wenn aber diese Forderungen, wie der Kampf gegen den 4. Lohn-Preispaht, tatsächlich im Interesse der Arbeitermassen liegt, und zu einer spontanen Bewegung wird, dann ist es notwendig, trotzdem wir hier unvermeidlich auch die Stalinpartei unterstützen, ebenfalls dafür einzutreten, selbstverständlich bei strenger Abgrenzung vom Stalinismus. Soweit es sich um ökonomische Forderungen, Kämpfe handelt, wird es in der ganzen nächsten Etappe unvermeidlich sein, daß sich die Stalinisten diese willkommene Gelegenheit nicht entgehen lassen und, wenn schon nicht die Initiative bei ihnen liegt, sich anschließen.

Und noch etwas Wichtiges haben uns die Erfahrungen gelehrt. Eine Einheitsfront von SP und Stalinpartei ist in der gegenwärtigen Lage unmöglich. Die von den Stalinisten aufgezogenen Einheitskomitees müssen wir ablehnen. Die einzige Möglichkeit, die Arbeiterklasse zum geschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren, ist die in der spontanen Bewegung entstehende Einheit von unten. Die wichtigste Organisation, die die einheitlichen Interessen der Arbeitermassen vertritt, sind noch immer die Gewerkschaften, trotz ihrer verbürokratisierten Führung. Die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten, für ihre Demokratisierung einzutreten, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben.

Die Unmöglichkeit der Verwirklichung einer Einheitsfront in der gegenwärtigen Lage, bedeutet natürlich nicht, daß wir deshalb die Propaganda für sie einstellen. Im Gegenteil, sie muß fortgesetzt werden. Wir müssen die besten Arbeiter immer wieder von der Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie an Hand ihrer eigenen Erfahrungen überzeugen und ihnen gleichzeitig sagen, warum es dank SP- und Stalinführung zum Schaden der gesamten Arbeiterklasse nicht dazu kommt.

2. Kampf für Demokratie in der Arbeiterbewegung - Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten. - SP- und Stalinbürokratie setzen sich über die primitivsten demokratischen Rechte der Arbeiter hinweg. Die SP betrachtet die Gewerkschaften und die verstaatlichten Betriebe als ihre Domäne, die Stalinisten die USIA-Betriebe, in der die Bürokraten und ihre Freunderln schalten und walten können wie sie wollen. Die Folge ist eine immer größere Bevormundung der Arbeiter durch die Bürokraten. Wir müssen in dieser Lage mehr denn je für die breiteste Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung eintreten. Ob in einem Betrieb gestreikt wird oder nicht, das dürfen nicht die Bürokraten entscheiden, sondern einzig und allein die Arbeiter des Betriebes. Die SP-Bürokraten im ÖGB haben nicht das geringste Recht, stalinistische oder SP-Arbeiter zu verfolgen, weil sie streikten, wann der Streik in einer demokratischen Abstimmung mit Mehrheit beschlossen wurde. Im Gegen-



teil, sie wären verpflichtet, den Streikenden Streikunterstützung auszahlend, denn auch über die Verwendung der Gewerkschaftsgelder haben die Arbeiter und nicht die Bürokraten zu entscheiden. Weder eine Betriebsrätekonferenz oder eine andere Konferenz, in der die Arbeiter unmittelbar vertreten sind, hat die Böhm & Co. beauftragt, mit der ÖVP wegen eines neuen Lohn-Preispaktes zu verhandeln. Diese Leute haben nicht nur hinter dem Rücken der Arbeiter verhandelt, sondern auch es unterlassen, die ausgepackelten Ergebnisse den Vertretern der Betriebe zur Abstimmung vorzulegen. Die Bürokraten haben damit ihre Kompetenzen weit überschritten und die Gewerkschaftsdisziplin gebrochen. Sie haben daher gar kein Recht, andere wegen des Bruches der gewerkschaftlichen Disziplin zur Verantwortung zu ziehen. Wenn wir trotzdem für strenge gewerkschaftliche Disziplin eintreten, so tun wir dies nicht deshalb, um den Bürokraten zu gefallen, sondern deshalb, weil ohne disziplinierte Organisation ein Kampf unmöglich ist. Aber wir verbinden dieses Eintreten für Disziplin mit dem Kampf für Kritik und Redefreiheit.

Ebenso wichtig wie die Demokratie in den Gewerkschaften ist die Verteidigung des Kampfbodens der bürgerlichen Demokratie. Das Streikrecht wird von der SP-Führung mit Füßen getreten. Noske hat in Helmer einen würdigen Nachfolger erhalten, auch er setzte die kapitalistische Exekutive gegen streikende Arbeiter ein. Die Steyrer Arbeiter wurden unter Polizeidruck gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, trotzdem sie in einer geheimen Abstimmung den Streik beschlossen hatten. Die ÖGB-Führung erklärte den Streik für "illegal" und "staatsfeindlich" und damit bekam die Polizei das "Recht", die streikenden Arbeiter auseinanderzujagen. Stalinistische Betriebsräte wurden entlassen, da sie für einen "illegalen" Streik eingetreten waren. Und das Einigungsamt stimmte der Entlassung zu mit der Begründung, "der Streik habe großen wirtschaftlichen Schaden verursacht". Dies ist selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Gesetze ein Rechtsbruch, denn das Streikrecht ist ein verfassungsmäßig gewährleistetetes Recht.

Zum Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten gehört heute auch der Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen. Wir sind gegen die Einmischung der Besatzungstruppen in innerösterreichische Angelegenheiten, sprechen aber damit keineswegs der österreichischen Regierung das Vertrauen aus. Die Hilfe, die die russische Besatzungsmacht der Stalinpartei leistet, ist keine Hilfe für die österreichische Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie, im Gegenteil, sie hilft mit, die Freiheiten der bürgerlichen Demokratie zu zerstören. Wir sind dagegen, daß die Polizei gegen streikende Arbeiter eingesetzt wird, wir sind aber auch dagegen, daß die Besatzungsmächte österreichische Polizisten oder Beamte einfach verhaften oder entführen.

3. Kampf vor allem gegen die Bourgeoisie. Die nächste Etappe des Klassenkampfes wird durch die Bemühungen der Arbeiter, ihren Reallohn zu verteidigen, gekennzeichnet sein. Neue Preissteigerungen, neue Lohn-Preispakete und die steigende Zahl der Arbeitslosen drohen die Existenzbedingungen der Arbeiter noch mehr zu verschlechtern. Deshalb müssen wir in dieser Lage in erster Linie für jene Losungen eintreten, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, ihre Lage auf Kosten der Bourgeoisie zu verbessern. Die "gleitende Lohnskala", die "gleitende Arbeitszeit", die "Produktionskontrolle" haben jetzt aktuellste Bedeutung. Es ist unsere Aufgabe, die proletarische Vorhut von der Notwendigkeit des Kampfes für diese Losungen zu überzeugen. Aber die Forderungen der Arbeiter nach ausreichendem Lohn, nach gesicherter Existenz und nach mehr Einfluß in der Wirtschaft können nur auf der Linie des außerparlamentarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie verwirklicht werden. Dauernd gesichert können sie nur durch den Sturz der kapitalistischen Herr-

schaft und durch die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft werden. Es gilt daher, das Eintreten für die Tagesforderungen der Arbeiter mit der Propaganda für die sozialistische Revolution, für die Diktatur des Proletariats zu verbinden. Denn es gibt keinen anderen Ausweg aus der kapitalistischen Sklaverei.

4. Die neue Klassenpartei. Entscheidende Teile der Betriebsarbeiterschaft haben in den letzten Wochen bewiesen, daß sie kampfwillig sind. Aber trotz dieses Kampfwillens kam es zur Niederlage. Die wichtigste Ursache dieser Niederlage war der Verrat der Führung, der die Arbeiter immer noch ihr Vertrauen schenken. Das Problem der neuen Klassenpartei wird dadurch zur entscheidendsten Frage für die gesamte Klasse. Die Propaganda für die IV. Internationale, die IKÖ als Kern der neuen Klassenpartei bleibt daher unsere zentralste Aufgabe. Diese Propaganda muß in der gegenwärtigen schwierigen Lage, in der wir kämpfen, mit der Arbeit in der lebendigen Arbeiterbewegung verbunden werden. Der günstigste Boden für diese Arbeit sind nach wie vor die Betriebe und die Arbeit in der SP. Bei geduldiger, systematischer und ausdauernder Arbeit werden wir auch in der nächsten Etappe bescheidene Fortschritte machen können. Und in dem Maße, als die Massen wieder in Schwung kommen (was selbstverständlich ebenso sehr von der Entwicklung der Lage im internationalen Maßstab abhängt), werden sich alle Chancen für die Herausbildung einer neuen Klassenpartei eröffnen. Auf diese Lage eines neuen revolutionären Aufschwunges der Arbeitermassen müssen wir uns vorbereiten, indem wir alle Anstrengungen zur qualitativen und quantitativen Verstärkung unserer Organisation machen und gleichzeitig tatkräftigst die Herausbildung eines revolutionären linken Flügels in der SP unterstützen.

-----